

Zoff um Kürzungen bei der Schulsozialarbeit

Vor dem Kreistag: Grüne wollen Ist-Stunden erhalten / SPD und CDU sehen dafür keinen finanziellen Spielraum

VON GÖTZ SCHAUB

MARBURG-BIEDENKOPF. Der Tagesordnungspunkt 22 der Kreistagssitzung am Freitag, 19. Juni, ist der erste Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Klimaliste in der neuen Legislaturperiode. Dieser wurde im Haupt- und Finanzausschuss, dem einzigen bereits arbeitsfähigen Ausschuss zum Kreistag, vorbesprochen. Das Ergebnis schockt die Antragsteller.

CDU und SPD haben offensichtlich vor, den Antrag in den dafür zuständigen Ausschuss zu verschieben. Doch dieser wird erst am 17. August, also nach den Ferien, konstituiert. Arbeitsfähig wäre er dann im September. „Die Groko will offenbar nicht den Kreistag entscheiden lassen, sondern den Kalender“, stellt Fraktionschefin Stephanie Theiss fest. Wie kommt sie zu dieser Aussage?

Es geht um einen Antrag zur Sicherung der Schulsozialarbeit durch freie Träger an den Schulen im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Und der sollte ihrer Meinung nach unbedingt vor dem neuen Schuljahr beschlossen sein. Die Grünen und Klimaliste führen aus: Ab Sommer, also für das neue Schuljahr, stehen zwar die gleichen Gelder zur Verfügung wie bisher. Aufgrund von Tarifsteigerungen bei den freien Trägern steigen allerdings die Kosten pro Stunde.

SPD: Grüne und Klimaliste verkennen die Realität

„Weil die Haushaltsmittel nicht entsprechend angepasst werden, können für denselben Betrag künftig also weniger Stunden eingekauft werden“, erläutert Sabine Matzen, Schulexpertin der Fraktion. Die Folge sei, dass rund 20 Prozent weniger Schulsozialarbeit an den betroffenen Schulen des Landkreises angeboten werden könne.

Für die Grünen und Klimaliste heißt das: Die Groko hätte faktisch eine Kürzung dieser wichtigen Aufgabe beschlos-



Kinder betreten ihre Schule. Manche Schülerinnen und Schüler benötigen die Unterstützung von Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern, um ihren Schulalltag bewältigen zu können. FOTO: MAJA HITIJ

sen. „Das ist fachlich falsch und sozialpolitisch unverantwortlich“, betont Matzen. Der Vorwurf der Grünen und Klimaliste: CDU und SPD beabsichtigen, die „Sicherung der Schulsozialarbeit nicht durch eine offene Debatte, sondern durch Zeitablauf zu erledigen“.

Werner Hesse, Fraktionsvorsitzender der SPD, verteidigt die Entscheidung und hält den Grünen und der Klimaliste vor, die Realität zu verkennen oder zu ignorieren. Die Finanzierung der Schulsozialarbeit sei gerade der SPD immer wichtig gewesen, sie habe diese auch kontinuierlich ausgebaut. Aber es dürfe nicht vergessen werden, dass sie eine vollständig freiwillige Leistung des Landkreises sei.

Und die jetzige finanzielle Situation lasse es nicht zu, das Geld noch einmal aufzustocken, um die Tarifierhöhungen

auszugleichen. „Wir haben durch den Doppelhaushalt für die Jahre 2025 und 2026 dafür gesorgt, diese freiwillige Leistung für diese Zeit aufrechtzuerhalten. Allerdings haben wir keinen Einfluss auf zwischenzeitliche Tarifierhöhungen, die für uns die Stunden teurer machen. Wir haben eine Summe, die wir komplett einsetzen, und mehr geht nun mal nicht.“

Schulen sind bereits schriftlich informiert worden

Auch wenn man einen Nachtragshaushalt bemühte, müsste auch dieser erst wieder genehmigt werden. Und da sieht Hesse keine Chance für den Kreis, denn er könne das notwendige Geld nicht einfach selbst zur Verfügung stellen. Das erwartete Defizit für das erste Quartal 2026 sei zudem größer ausgefallen als erwartet, merkt er an.

Der SPD und auch der CDU hier vorwerfen zu wollen, „einen politisch unbequemen Antrag“ nicht durch eine offene Debatte, sondern durch Zeitablauf erledigen zu wollen, findet Hesse unerhört und faktenverkennd.

Die Tatsache, dass keine Erhöhung der Gelder möglich sei, wurde den betreffenden Schulen bereits schriftlich mitgeteilt.

Darin heißt es unter anderem: „Der tatsächliche Anteil der Stundenressourcen kann durch eine Beteiligung an den Kosten durch Schulen, Kommunen, Eltern usw. erhöht werden.“ Für die Grünen und Klimaliste ein politischer Skandal.

„Dass eine öffentliche Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe plötzlich von der Zahlungsfähigkeit der ohnehin schon klammen Kommunen oder gar Eltern abhängig ge-

macht werden soll, ist ein bemerkenswertes Verständnis von Bildungsgerechtigkeit dieser Koalition“, findet Stephanie Theiss.

Hesse fehlt für diese Sichtweise jegliches Verständnis. Man könne sich nicht einfach ein Thema aus dem Haushalt herausgreifen, ohne die Gesamtsituation zu betrachten. So erzeuge man nur Stimmung, ohne Verantwortung zu übernehmen.

Hesse: „Um es klar zu sagen, die Schulsozialarbeit ist immer ein SPD-Thema gewesen. Ich würde liebend gerne 50 Prozent mehr dafür ausgeben, weil wir sie für wichtig halten. Aber wenn der Haushalt defizitär ist, sind wir gesetzlich verpflichtet, erst unsere Pflichtaufgaben zu finanzieren.“ Zum jetzigen Zeitpunkt habe man selbst dafür nicht mehr ausreichend Geld, so Hesse.

Schulfragen bleiben im Wartestand

Landkreis korrigiert Zeitplan zur Immobilienstudie: Fertigstellung wird für September erwartet

VON GÖTZ SCHAUB

MARBURG-BIEDENKOPF. Neubau Grundschule Bürgeln-Betziesdorf, Neubau Grundschule Sterzhausen: Wann auch immer es in den vergangenen Monaten um die Entwicklung einzelner Schulstandorte ging, verwies der Landkreis auf eine in Auftrag gegebene Schul- und Immobilienstudie, die erst abzuwarten sei, ehe man seriös über einzelne Handlungsschritte entscheiden könne.

Die mit großem Aufwand betriebene Studie sollte alles offenlegen, und einen Ist-Zustand der Gebäude inklusive Ausstattung liefern.

Die Studie wurde dabei nicht „vielleicht“ für das Frühjahr 2026 in Aussicht gestellt, ihre Ergebnisse wurden für diesen Zeitkorridor angekündigt. Jetzt ist Mitte Juni, der Sommer steht vor der Tür, die Studie liegt aber gar nicht vor. Und so kann sie auch gar nicht vor der Sommerpause über den

Kreistag in den Geschäftsgang kommen.

Der Landkreis zieht sich aus der Verantwortung und schiebt die Verzögerung einer Fehleinschätzung des zuständigen Planungsbüros zu. Auf Anfrage der OP heißt es aus dem Kreishaushalt: „Aufgrund der zügig durchgeführten Liegenschaftsbegehungen ging man vonseiten des Planungsbüros davon aus, die Ergebnisse der Schul- und Immobilienstudie im Frühjahr 2026 vorlegen zu können.“

Doch sei dies wohl zu optimistisch gewesen. Jetzt heißt es: „Aufgrund von umfassenden weiteren Datenerhebungen, unter anderem wegen der wesentlichen Planungen der Raumprogramme, verzögert sich jedoch die Fertigstellung der Studie.“

Vor der Sommerpause wird sie also politisch nicht mehr angefasst. Aber auch nach der Sommerpause könnte es direkt in den Herbst gehen, ehe sich



Die Wichtelhäuser Schule in Sterzhausen hat eigentlich ihre Zeit erreicht. Von einem Neubau ist aber derzeit immer nur die Rede, konkrete Pläne dazu sind öffentlich jedenfalls nicht bekannt. FOTO: SCHAUB

was tut, denn der Kreis teilt auf Nachfrage mit, dass das Planungsbüro „nunmehr eine Fertigstellung im Laufe des Monats September zugesichert“ habe. Wie erste und sicher auch nötige Schritte vorbereitet werden sollen, die in den Haushalt

2027 hineinspielen, bleibt abzuwarten. Der Erste Kreisbeigeordnete Peter Neidel geht derzeit davon aus, dass die Ergebnisse der Studie natürlich in den öffentlichen Ausschuss- und Kreistagssitzungen behandelt werden. Da die Aus-

schüsse nachmittags tagen und der Kreistag jeweils ab 9 Uhr, wird es außerhalb der Gremien wohl nur wenige Menschen geben, die sich direkt in diesen Sitzungen informieren können. Deshalb merkt Landrat Jens Womelsdorf an, dass „weitere Informations- und Beteiligungsangebote noch abgestimmt“ würden.

Mit Schnellschüssen oder schnellen Entscheidungen ist auch nicht zu rechnen. Denn nach der Vorstellung müssen auch Bewertungen vorgenommen werden, die schließlich Basis einer politischen Willensbildung sein sollen.

Die politische Willensbildung kann dann auch nicht zwischen Tür und Angel stattfinden, es müssen Prioritäten herausgearbeitet und der dafür notwendige Finanzierungsplan dargestellt werden. Wie viel Zeit dies nach Bekanntwerden der Studie im Laufe des Septembers in Anspruch nehmen wird, wird sich zeigen.

ES STAND IN DER OP

Vor 10 Jahren

London: Tödlicher Angriff auf Labour-Politikerin

Großbritannien steht unter Schock: Eine Woche vor dem Referendum über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ist eine Labour-Parlamentarierin auf offener Straße von einem Mann angeschossen und dann mit einem Messer erstochen worden. Die 41-jährige Jo Cox hatte sich unter anderem gegen den Brexit und für eine liberale Flüchtlingspolitik eingesetzt. Der Täter wurde zu lebenslanger Haft ohne Möglichkeit auf vorzeitige Entlassung verurteilt. Das Gericht befand, er habe unter anderem aus rassistischen Motiven gehandelt.

Gladenbach: Ärger kurz vor dem Kirschenmarkt

Aufgrund der Absage einer Band und der Buchung einer Ersatz-Kapelle muss die Stadt Gladenbach die Plakate für den Kirschenmarkt neu drucken. Für Druck sorgt auch ein Gerichtsurteil: Ein Schausteller hatte gegen die Nichtberücksichtigung seines Fahrgeschäfts geklagt. Nun muss die Stadt den Fall neu bewerten.

Vor 20 Jahren

Berlin: Kanzlerin will Ehegattensplitting erhalten

Im Streit über das Ehegattensplitting hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) klar für eine Reform ausgesprochen: Eheleute, die sich zusätzlich für Kinder entschieden, sollten steuerlich gefördert werden. Es gehe aber nicht um die Abschaffung dieser steuerlichen Vergünstigung für Ehepaare. Die Ehe werde auch weiterhin unter besonderem Schutz stehen, sagte die Kanzlerin.

Marburg: Personalrat klagt gegen Auswahlverfahren

Der Landrat hat die Versammlung beim Kreisfeuerwehrtag genutzt, um den neuen Kreisbrandinspektor vorzustellen. Dabei erklärte der Landrat auch das Auswahlverfahren. Dagegen will der Personalrat nun klagen. Denn in der Auswahlkommission hätten vier Personen gesessen, die nicht zur Kreisverwaltung gehören und damit nicht hätten in die Entscheidung eingebunden werden dürfen, lautet die Kritik.

Vor 50 Jahren

Soweto: Schülerunruhen fordern sechs Todesopfer

Mindestens fünf Jugendliche sind bei Studenten- und Schülerunruhen in der schwarzen Arbeitervorstadt Soweto bei Johannesburg von der Polizei erschossen worden. Bei der gegen die Regierung gerichteten Demonstration, an der schätzungsweise 10.000 Menschen teilnahmen, wurde auch ein weißer Polizist getötet. Dies war der Auftakt eines landesweiten Aufstands gegen die Apartheidspolitik in Südafrika, der mehrere Monate lang andauerte und hunderte Todesopfer forderte.

Marburg: Land will Betten in Krankenhäusern abbauen

Der Krankenhausbetten-Bedarfsplan der Landesregierung kommt zu dem Schluß, daß im Landkreis 129 der 1.509 Betten abgebaut werden können. Die Kreisverwaltung wehrt sich.